



Pressemitteilung

Aschaffenburg, 06.08.2009
PM 100-09/LFGS
Energie

Kein Energiesaurier am Untermain!

BN setzt auf Einwendungen gegen geplante Erweiterung des Kohlekraftwerks Staudinger

Kohlemonster ist rückwärtsgewandte Technik

„Das geplante Kraftwerk Staudinger 6 passt weder in die energie- und klimapolitische Entwicklung noch entspricht es den Vorgaben der regionalen Entwicklungspläne“, so der stellvertretende Landesvorsitzende des Bundes Naturschutz (BN), Sebastian Schönauer. Im Gegensatz dazu entspreche das von BN und BUND im Raumordnungsverfahren geforderte „Zukunftskraftwerk“ mit Energieeffizienz, Wind, Sonne, Biomasse und Kraft-Wärme-Kopplung den Klimaschutzanforderungen genauso wie der aktuellen Entwicklung am Strommarkt.

„Das EON-Projekt mit jährlich 6 Mio. t CO₂-Ausstoß und einer veralteten Technik bei der weniger als die Hälfte der eingesetzten Kohleenergie genutzt werde passt nicht in das 21. Jahrhundert, so der Sprecher des BUND Arbeitskreises Energie, Dr. Werner Neumann. Die von EON angebotene CO₂-Reduzierung um 20% sei bei weitem zu gering und steht zudem auf wackeligen Beinen. Die Behauptung von EON, Staudinger 6 schütze das Klima, erscheine angesichts der Fakten als „skandalös“.

Das geplante Kohlekraftwerk Staudinger wäre ein Klimakiller, der nicht genehmigt werden darf, so der Landesbeauftragte des BN, Richard Mergner. Auf dem Wege zu verschärften Klimaschutzzielen, die im Dezember in Kopenhagen beschlossen werden, wäre Staudinger 6 ein Klotz am Bein der deutschen Delegation. Der UN-Klimarat hat in seiner vom Nobelpreis 2007 gekrönten Arbeit gefordert, dass Industriestaaten wie Deutschland bis zum Jahre 2050 ihren CO₂-Ausstoß um mindestens 85% reduzieren. Mit Kohlendioxidschleudern wie Staudinger 6 sei dies unmöglich.

Mergner forderte EON auf, angesichts des großen Widerstands in der Bevölkerung und wegen der wirtschaftlichen Unsinnigkeit auf den Kraftwerksbau zu verzichten. Schon vor einem Jahrzehnt gab es mit dem geplanten Kohlekraftwerk Franken III bei Erlangen einen ähnlichen Fall: Die Genehmigungsbehörde hatte das Projekt mit allen Mitteln durchgeboxt, als der Antragsteller (damals Bayernwerk) auf das Projekt verzichtete und die Behörde im Regen dastehen ließ.

Landesfach-
geschäftsstelle
Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0
Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

„Wir rufen die betroffenen Gemeinden und die Bevölkerung auf, die Unterlagen des derzeit laufenden immissionschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens einzusehen und massenhaft Einwendungen zu erheben“, so Peter Rottner, Landesgeschäftsführer des Bund Naturschutz.

Bund Naturschutz in Bayern, BUND Hessen und die Bürgerinitiative wollen sich massiv gegen die Genehmigung im „Hauruck-Verfahren“ zur Wehr setzen.

Sie fordern die Bayer. Staatsregierung dazu auf, das Kohlekraftwerk Staudinger 6 aus Klimaschutzgründen abzulehnen und diesbezüglich bei der Hessischen Landesregierung vorstellig zu werden.

Gegen die beantragte immissionsschutzrechtliche Genehmigung dieses neuen Kraftwerksblocks können noch bis zum 03. September Einwendungen erhoben werden.

Der Bund Naturschutz und die BI „Stoppt Staudinger“ appellieren deshalb an alle BürgerInnen und Bürger, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen und damit – ähnlich wie beim Raumordnungsverfahren – die breite Ablehnung dieses Unsinnprojektes vor Ort eindrucksvoll zu verdeutlichen.

Mustereinwendungen sind demnächst auf der Homepage des Bund Naturschutz (www.bund-naturschutz.de) sowie bei der BN-Kreisgruppe Aschaffenburg erhältlich.

Zukunftskraftwerk – einzig echte Alternative

Dr. Werner Neumann erläuterte das von BN und BUND ins Verfahren gebrachte „Zukunftskraftwerk“. Ein abgestimmter Mix aus Effizienz und Stromersparung, Windkraft, Solarstrom, Biomasse und Kraft-Wärme-Kopplung kann mehr leisten als das geplante Steinkohlekraftwerk, schafft neue Arbeitsplätze und schont die Umwelt.

Es erzeugt Strom nach den Bedürfnissen der Region und nicht für die Exportpläne von EON.

Strommarkt im Umbruch

Der Strommarkt ist derzeit grundlegenden Umwälzungen unterworfen, so der Energiereferent des Bundes Naturschutz, Dr. Ludwig Trautmann-Popp.

Vor allem das rasante Wachstum der Erneuerbaren Energien rufe beträchtliche Schwerpunktverschiebungen hervor.

Die Stromerzeugung in Öffentlichen Kraftwerken ist seit 4 Jahren rückläufig, die Stromerzeugung in Privathand (die es 1999 praktisch noch nicht gab) hat mit großen Zuwächsen schon im Jahr 2007 die Industrielle Stromerzeugung hinter sich gelassen. Selbst nach Einschätzung des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft wird schon im Jahre 2011 mehr Strom aus Erneuerbaren Energien kommen als derzeit aus der Steinkohle.

Das von BN und BUND vorgeschlagene Zukunftskraftwerk entspricht diesem Trend und schlägt Staudinger 6 in allen Punkten. Mit weltfremden Ausreden unterband das Regierungspräsidium Darmstadt jedoch einen Vergleich mit dem Projekt des Antragstellers. In Wirklichkeit ist die BUND-Alternative wirtschaftlicher und schafft mehr Arbeitsplätze.

Diese Pressemitteilung ist im Internet unter:

<http://www.bund-naturschutz.de/presse/pressemitteilungen.html> abrufbar.

Genehmigung im Hauruck-Verfahren

Unter großem Zeitdruck versucht das Regierungspräsidium Darmstadt derzeit, das Genehmigungsverfahren für das geplante Kohlekraftwerk Staudinger 6 durchzudrücken.

Offenbar befürchten EON und Landesregierung, dass die Zeit für derartige Projekte abgelaufen ist.

Das Prüfungsergebnis der Behörde war genauso schnell fertig wie das Protokoll des Erörterungstermins. Viele Passagen wurden wortgetreu aus den Schriften des Antragstellers EON übernommen.

Das Land Hessen und der Regierungspräsident ignorieren die breite fundierte Kritik an der Sinnhaftigkeit des Vorhabens. Zudem wurden Dutzende von Prüfanträgen ignoriert.

In den hessischen und bayerischen Sommerferien wurden die Unterlagen für das Immissionsschutz-Verfahren ausgelegt, was eine eklatante Missachtung des betroffenen Bürgers darstellt.

Abgasfracht steigt beträchtlich an

Die Befürchtungen, dass vor Ort die Abgase, Feinstaub, Schwermetalle und Lärm z. T. immens zunehmen, werden durch die Ergebnisse des Erörterungstermins nicht zerstreut. Überdies stellt das Monsterkraftwerk einen immensen Eingriff in das Landschaftsbild dar.

Das Eingeständnis von EON, jährlich bis zu 3500 Tonnen Atemweg-reizende Stickoxide, 1200 Tonnen saure Schwefeldioxid und 440 Tonnen krebserregenden Feinstaub auszustoßen ist ein Angriff auf die gesamte Region, auf die Gesundheit der Menschen und den Naturschutz, der bei vernünftiger Kraftwerksplanung vermieden werden könnte.

Da die von EON zurate gezogenen Ausbreitungsrechnungen für die Abgasverwirbelung durch den Kühlturm offensichtlich unzutreffend sind, kann die Immission in der Umgebung noch viel höher als angegeben ausfallen.

Den Schaden hat auch die Natur

Schwefel- und Stickstoffeintrag durch Staudinger 6 gefährdet auch zahlreiche ökologisch wertvolle und gesetzlich geschützte Biotopflächen.

Schwefel beschleunigt die Bodenversauerung in Wäldern, Stickstoff trägt zusätzlich zur Eutrophierung bei und verschlechtert die Standortbedingungen für Pflanzen und Tiere, die auf nährstoffarme Standorte angewiesen sind.

Bereits im Umkreis von nur 10 km sind lt. Genehmigungsunterlagen des Regierungspräsidiums Darmstadt in Hessen und Bayern insgesamt 60 Schutzgebiete betroffen.

Im Landkreis Aschaffenburg:

- **das FFH – Gebiet** „Alzenauer Sande“ (ca. 95 ha)
- **die Naturschutzgebiete** „Vogelschutzgebiet Gustavsee“ (ca. 18 ha) und „Alzenauer Sande“ (ca. 95 ha)
- **die Landschaftsschutzgebiete** „Lindigwald“ (Gemarkung. Karlstein) und „Mainwiesen“ (Teilflächen!) sowie LSG-Teilflächen im Naturpark Spessart und ein LSG-Komplex im Bereich Kahl a. Main/ Alzenau

Besonders negativ bewertet der BN hierbei die potentielle Betroffenheit des FFH – und Naturschutzgebietes „Alzenauer Sande“ mit seinen extrem nährstoffarmen Böden.

Bereits jetzt ist ein drastischer Rückgang des auf nährstoffarme Standortverhältnisse existentiell angewiesenen Artenbestandes (Sandmagerrasen/Ziegenmelker/Heidelerche) zu beobachten, der durch den Eintrag eutrophierender Stäube (Phosphat, Spurenelemente) weiter beschleunigt würde.

Nach den Erfahrungen des BN muss für eine auch nur annähernd zutreffende Erfassung und Risikobewertung potentiell betroffener Schutzgebiete der Untersuchungsraum auf einen Radius von mindestens 15 km um den Kraftwerksstandort erweitert werden.

Zusätzlich betroffen sind dann mehrere Naturschutz – und Landschaftsschutzgebiete sowie 11 „Geschützte Landschaftsbestandteile“ und 26 „Naturdenkmale“!

Auch diesbezüglich müssen die vorgelegten Genehmigungsunterlagen deutlich nachgebessert werden.

Für Rückfragen:

Richard Mergner, BN-Landesbeauftragter, Tel. 0911-81878-25,
Mobil: 0171-6394370,
Dr. Ludwig Trautmann-Popp, BN-Energierreferent, Tel. 0951-5190 609,
fax 0951-5190 610

Die Pressemitteilung ist unter
www.bund-naturschutz.de/presse/pressemitteilungen.html abrufbar.